

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Claudia Stamm

Abg. Florian Hölzl

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Ludwig Hartmann

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf **Tagesordnungspunkt 40** aufrufen:

Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos)

Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen (Drs. 17/16942)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Ich darf als Erster der Frau Abgeordneten Claudia Stamm das Wort erteilen. Bitte schön.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Diese Staatsregierung leistet sich Beauftragte für Bürgeranliegen, Integration, Bürokratieabbau, Patienten und Pflege, gegen Antisemitismus, für das Ehrenamt, für Menschen mit Behinderung, Frauen, staatliche Beteiligungen, Aussiedler und Vertriebene, IT.

Ich mag jetzt mit Ihnen gar nicht über die Sinnhaftigkeit des einen oder anderen Beauftragten diskutieren, auch nicht über die finanzielle und materielle Ausstattung des oder der jeweiligen Beauftragten. Ich will hier nur ein weiteres Mal aufzeigen, dass es sich die CSU in Bayern gleichzeitig leistet, nichts, aber auch gar nichts für eine Gruppe von Menschen zu tun, die tendenziell von Diskriminierung betroffen ist, nämlich für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transgeschlechtliche und Intersexuelle.

Es ist wirklich billig, sehr billig, hier jedes Mal auf die Arbeit der Kommunen und der Vereine vor Ort zu verweisen. Diese leisten wertvolle Arbeit; das ist richtig. Insbesondere die Stadt München mit ihrer Koordinierungsstelle übernimmt insoweit auch staatliche Aufgaben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, übernehmen Sie endlich Verantwortung, und tun Sie Ihre Arbeit! Zum Beispiel muss es dringend einen Aktionsplan für Schulen geben. Genau das soll unter anderem eine bzw. ein Landesbeauftragte*r – mit Gender-Star – leisten.

An diesem Wochenende ist wieder die große Parade in München, der Christopher Street Day. Die CSU rühmt sich, dass sie mit einem Wagen vertreten ist. Ich frage mich wirklich, wie Sie diesen Spagat hinbekommen: auf der einen Seite hier wirklich jeden Antrag zur Gleichstellung abzulehnen, auf der anderen Seite auf einmal Teil der queeren Community sein zu wollen. Ich verstehe es nicht. Vielleicht kann es mir irgendjemand erklären. Es ist auf jeden Fall nicht glaubwürdig, und es ist respektlos, wirklich respektlos, diesen Menschen gegenüber.

Zusammengefasst: Queere Menschen machen circa 8 % unserer Bevölkerung aus. Handeln Sie, damit in Bayern alle Menschen diskriminierungsfrei leben können! Das ist – nur – eine Frage der Gerechtigkeit, nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Hölzl. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Hölzl (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Freistaat Bayern sind vielfältige Lebensmodelle möglich und Realität. Nach unserem gesellschaftspolitischen Verständnis soll jeder Mensch, gerade auch was seine sexuelle Orientierung anbelangt, hierzulande nach seiner Fassung leben und glücklich werden.

Wir allesamt – ich darf betonen: über die Parteigrenzen hinweg – setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Bayern auch in Zukunft die Möglichkeit haben, ihr Leben entsprechend ihren individuellen Vorstellungen zu gestalten. Auch in Zukunft soll jeder einzelne frei, ohne Scham und Nachsehen, zu seinem Geschlecht und seiner sexuellen Orientierung stehen und darüber befinden können, mit wem und wie er zusammenleben will.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang klarstellen: Entschieden und energisch treten wir sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung Homophobie und Transpho-

bie entgegen. Wir kümmern uns sehr wohl um die in der Tat berechtigten Anliegen homosexueller, bisexueller, transidenter und auch intersexueller Menschen. Unser Credo lautet: null Toleranz gegenüber Diskriminierung und Stigmatisierung des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung wegen.

Der Einsatz für gesellschaftliche Teilhabe und gegen Ausgrenzung wird von den unterschiedlichen Behörden des Freistaats als eine wichtige Daueraufgabe verstanden, die allen etwas abverlangt und nicht nur von einer einzelnen, hierfür speziell geschaffenen Institution wahrgenommen wird.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den staatlichen Bereich näher beleuchte, will ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass es vor allem darum geht, das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Ausgrenzung zu stärken. Diesen Anspruch untermauern wir zum Beispiel mit der jährlichen Auszeichnung verdienter Bürgerinnen und Bürger mit der Medaille für Zivilcourage.

Nun aber wie angekündigt zum staatlichen Bereich. Die vielfältigen Aufgaben, welche die Antragstellerin bei einem sogenannten Queer-Beauftragten bzw. bei einer Queer-Beauftragten der Staatsregierung gebündelt sehen will, werden schon jetzt situativ und gebündelt, dem Ressortprinzip folgend, von der Staatsregierung wahrgenommen, sodass es der Installation eines eigenen Beauftragten nach unserem Dafürhalten nicht bedarf.

Die Queeren stehen in Bayern nicht allein am Wegesrand; sie stehen nicht hilflos am Wegesrand. Wer anderes behauptet, der argumentiert im Ergebnis nicht lauter. Nicht nur die Staatsregierung kümmert sich dem Ressortprinzip folgend um die Belange queerer Menschen. Im Bund ist speziell eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet worden, von der Opfer sexueller Diskriminierung schnell und unbürokratisch Hilfe erwarten dürfen. Sie wissen das, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Antidiskriminierungsstelle übernimmt eine ganz wichtige Brückenkopfaufgabe, indem von dort aus Hilfe suchende Menschen auch über das Online-Angebot an die für sie passende Be-

ratungsstelle weiter verwiesen werden. Für den Freistaat Bayern werden sieben Beratungsstellen genannt, die nicht nur Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sind, sondern sich bayernweit auch für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt einsetzen.

Nun zu den einzelnen Aufgaben, die nach der Antragstellung einem Queer-Beauftragten überantwortet werden sollen. Sie werden, wie gesagt, nach dem Ressortprinzip von den jeweiligen Häusern wahrgenommen. In ihrer jeweiligen fachlichen Zuständigkeit fördern die einzelnen Ministerien den Dialog mit Vertretern des Sports, der Jugendverbände, der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie auch der Migrantinnen- und Migrantenorganisationen. Durch das Staatsministerium des Innern und für Integration und durch das Staatsministerium der Justiz werden sowohl unsere Polizisten als auch unsere Justizangehörigen für einschlägige Deliktsfelder und für die Belange der Opfer sensibilisiert. Die bayerische Polizei und die bayerische Justiz treten wegen der sexuellen Orientierung begangenen Übergriffen entschieden entgegen. Auch setzen wir uns in diesem Zusammenhang für eine Stärkung des Anzeigeverhaltens ein.

Im Unterricht an den bayerischen Schulen fördern wir die Akzeptanz. Zum Beispiel werden bei der staatlichen Lehrerfortbildung – und das seit Jahren – im Rahmen der Werteerziehung auch Themen wie Antidiskriminierung, Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt und Diversity als Fortbildungsinhalte angeboten.

Was die Forderung anbelangt, Vernetzungsstrukturen zu schaffen, darf ich darauf hinweisen, dass es für die Vernetzung keiner zusätzlichen, Verwaltungsaufwand bedingenden Strukturen bedarf, weil die Selbsthilfeorganisationen schon aktuell gut zusammenarbeiten und einen hohen Vernetzungsgrad aufweisen. Kollegin Stamm hat es korrekt ausgeführt: Hier wird – das will ich ohne Wenn und Aber einräumen – in München Großartiges geleistet. Zum Beispiel arbeitet der Verein LeTRa sehr gut mit der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und mit dem Verein Sub e. V. zusammen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie sehen, kümmern wir uns im Freistaat Bayern sehr wohl sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene gemeinsam mit den nichtstaatlichen Organisationen, die Großartiges leisten, um die berechtigten Belange queerer Menschen. Nach unserer Überzeugung wird ein eigener Beauftragter die Lebenslage der Queeren nicht verändern. Wir wollen für diesen Politikbereich keine zusätzlichen Strukturen aufbauen, sondern am Ressortprinzip festhalten und im Rahmen der Ressortverantwortung die Lebensbedingungen queerer Menschen verbessern. Damit ist gewährleistet, dass den berechtigten Belangen auch künftig der jeweiligen Lebenslage entsprechend Rechnung getragen wird. Wir werden den Antrag wie im Ausschuss ablehnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie gleich noch am Rednerpult bleiben. – Zwischenbemerkung: Abgeordnete Claudia Stamm. Bitte.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Hölzl, ich habe am Anfang die Beauftragten genannt, die sich der Freistaat leistet. Wollen Sie damit sagen, dass das Finanzministerium seine Arbeit nicht macht oder dass das Pflegeministerium seine Arbeit nicht macht und man deswegen diese Beauftragten braucht?

Ihre Rede hat leider vor Widersprüchen gestrotzt, weswegen ich mich noch einmal zu Wort melden musste. Sie haben auch noch gesagt, dass es sieben Stellen oder Organisationen des Freistaats gibt, die sich kümmern. Sagen Sie mir bitte ganz konkret, wie viel Geld der Freistaat in diese Arbeit fließen lässt. Ich weiß, dass weder Sub noch LeTRa staatliches Geld bekommen. Das ist alles kommunales Geld.

Sie verweisen auf der einen Seite auf die untere Ebene, auf der anderen Seite auf die obere Ebene, den Bund, während sich der Freistaat heraushält. Ich möchte nur, dass Sie Ihre Arbeit tun, Verantwortung übernehmen und genau hier auch Antidiskriminierungsarbeit leisten. Das ist alles.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Hölzl, bitte.

Florian Hölzl (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kollegin, der Staatsregierung steht es frei, im Rahmen ihres Selbstorganisationsrechts für bestimmte Politikfelder Beauftragte zu installieren. Das geschieht durch entsprechende Bekanntmachungen der Staatsregierung. Beileibe ist es nicht so, dass man sagen könnte, weil ein Beauftragter für ein bestimmtes Politikfeld installiert wird, würde das Ministerium im Übrigen seine Aufgaben nicht erfüllen. Es ist das Recht dieser Staatsregierung, bestimmte Politikbereiche mit einem eigenen Beauftragten zusätzlich zu untermauern und diesen Politikbereichen zusätzlich Kontur zu geben.

Sie haben mir vielleicht nicht ganz genau zugehört. Ich habe nicht gesagt, dass es sieben Beratungsstellen des Freistaats gibt. Es gibt sieben Beratungsstellen im Freistaat Bayern, auf die die Antidiskriminierungsstelle verweist. Ansonsten, glaube ich, habe ich ziemlich eindeutig ausgeführt, dass sich der Freistaat nicht aus der Verantwortung stiehlt, auch wenn Sie das gebetsmühlenartig wiederholen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Danke schön. – Dann darf ich für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Zacharias bitten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Der Wortbeitrag unseres Kollegen eben war grandios. Erstens hat er in epischer Breite dargelegt, warum es die Beauftragten der Staatsregierung nicht braucht. Er hat ausgeführt, warum er gegen den Antrag der Kollegin Stamm spricht, die zu Recht einen Queer-Beauftragten oder eine Landeskoordinierungsstelle möchte. Es geht Ihnen und mir oder uns beiden darum, dass wir endlich einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin auf Landesebene brauchen, die – dazu komme ich gleich – Aufgaben übernimmt, die deutlich im Feld

liegen. Kollege Hölzl, Sie haben all das gerade ausgeführt. Wo sitzen Sie denn? – Ganz da hinten. Ja, das verstehe ich.

(Joachim Unterländer (CSU): Was soll denn das jetzt?)

Sie haben gerade ausgeführt, warum ein Beauftragter für queere Lebensweisen nicht nötig ist. Sie haben zum Beispiel gesagt – –

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Unterländer (CSU))

– Herr Unterländer, wenn Sie etwas sagen möchten, dann treten Sie ans Mikrofon. Ich habe richtig Lust, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen. – Der Kollege Hölzl hat eben ausgeführt, dass zum Beispiel von verschiedenen Ressorts koordinierende Maßnahmen unternommen werden. Ich unterstelle dem Kultusminister Sibler und der Wissenschaftsministerin Kiechle, dass sie sich zum Beispiel in Sachen Kampf gegen Antisemitismus sehr häufig mit den einschlägigen Gruppierungen treffen. Deswegen brauchen wir keinen Beauftragten gegen Antisemitismus, sondern das ist Staatsaufgabe. Insofern ist das gerade ein grandioses parlamentarisches Highlight gewesen. Alle Argumente zur Abschaffung der Beauftragten sind gerade ausgeführt worden.

Ich möchte ganz klar darstellen, warum wir den Antrag sehr gerne unterstützen. Kolleginnen und Kollegen, am Samstag sind Natascha Kohnen und ich bei einer großen Aktion der BayernSPD dabei. Wir alle werden vornedran Wagen als Leitfiguren führen oder in Bodenmannschaften mitgehen, um den Christopher Street Day, den Tag, an dem vor vielen Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten schwulen und lesbischen Menschen sehr viel Unrecht angetan wurde, zu begehen. Am Christopher Street Day in München, Augsburg, Regensburg, Würzburg und Nürnberg wird mit Tausenden Menschen dieses Tags gedacht. Der Landtagskandidat Josef Schmid von der CSU hat übrigens schon vor drei Jahren mit einer flammenden Rede auf dem Marienplatz seine große Freundschaft zu der queeren Szene dargestellt und große Angebote gemacht. Aber Sie laufen gerne einfach nur dem bunten Wagen hinterher, unterstützen aber inhaltlich-politisch grundsätzlich nichts.

Wir brauchen eine Koordinierung zum Beispiel zum § 175, der letztes Jahr abgeschafft wurde. Das ist der Paragraf, durch den bis in die 1990er-Jahre schwulen Männern großes Leid und große Demütigung zugefügt wurden: Ihre Pensionsgelder wurden gestrichen, sie haben Nachteile in Bezug auf die Verbeamtung gehabt. Dieses Gesetz haben wir erst letztes Jahr auf Bundesebene abgeschafft. Dafür brauchen wir im Land Bayern sehr wohl eine Kampagne zu dem stattgefundenen Unrecht und eine Forschungseinrichtung, um dieses Unrecht aufzuarbeiten. Das muss Gegenstand einer Koordinierungsstelle sein.

Ich glaube aber, dass das nicht nur eine Stelle sein darf. Vielmehr ist eine bessere Infrastruktur, in der die Schule als Raum des Outings, des Coming-out, in den Blick genommen wird, erforderlich. Wir wissen, dass sich viele Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit outen. Sie brauchen dort einen Raum, den Raum einer echten Ansprache. Wir müssen Schule auch als Raum verstehen und ganz banale Dinge tun wie Schulbücher verändern. Tun wir doch bitte auf den Bildern in den Schulbüchern nicht so, als ob das tradierte Familienbild mit Mama, Papa und zwei Kindern noch die hauptsächliche Lebensform sei. Es gibt Regenbogenfamilien: Mama, Mama und zwei Kinder. Es gibt Papa, Papa und drei Kinder. Es gibt alle Lebensformen. Aber wir müssen im Schulraum zeigen, dass wir hier koordinierend eingreifen müssen und das Kultusministerium unterstützen wollen, diesen Job besser zu machen.

Wir haben die Ehe für alle letztes Jahr durchgebracht. Aber damit ist noch nicht alles erledigt. Das Gesetz zur Ehe für alle ist gut, aber wir stellen zum Beispiel fest, dass in den Standesämtern in Bayern immer noch "Gattin eins" und "Gattin zwei" zur Kategorisierung gebraucht werden müssen, weil die Papiere immer noch nicht umgestellt worden sind, um "Ehefrau eins/Ehefrau zwei" oder "Ehemann eins/Ehemann zwei" zu kategorisieren. Im Adoptionsrecht ist es immer noch sehr schwer, eigene Kinder zu adoptieren. Es ist für ein schwules oder lesbisches Paar, das geheiratet hat, einfach, fremde Kinder zu adoptieren. Bei eigenen Kindern besteht eine sehr hohe Hürde.

Zum Abschluss: Sie alle kennen unsere Anträge zu "Queer Care", also zu der Idee, festzustellen, wie es als schwuler, lesbischer, bisexueller, transsexueller oder intersexueller Mensch im Alter ist, in den Alten- und Servicezentren behandelt zu werden. Kultursensible Behandlung und Kultursensitivität in den Einrichtungen von der Putzfrau oder vom Putzmann bis hoch zur Leitung sind erforderlich. Hier brauchen wir Kampagnen. All das kann nur eine Koordinierungsstelle leisten.

Herr Kollege Hölzl, Sie haben soeben ausgeführt, dass es in Bayern sieben Stellen gibt, die für die Queer-Community Ansprechpartnerinnen sind. Ich darf Ihnen dazu sagen: Die Einrichtungen in Nürnberg, in Regensburg und in München, die alle oder zumindest in der überwiegenden Anzahl sozialdemokratisch geführt sind – übrigens: Nicht ein Euro bayerisches Geld fließt in diese Einrichtungen

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

wie LeTRa und Sub –, sind alle städtisch. Oberbürgermeister Reiter schimpft mich immer und sagt: Liebe Isabell, ich unterstütze Sub und LeTRa sehr intensiv, aber du musst schauen, dass du im Landtag etwas erreichst. – Ich nenne das Stichwort "gleichwertige Lebensverhältnisse", Kolleginnen und Kollegen der CSU. Es gibt eben auch im Bayerischen Wald queere Menschen. Sie haben also dafür zu sorgen, dass es überall Ansprechpartner gibt. Insofern: Jawohl, der Antrag ist gut, und wir unterstützen ihn.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER jetzt Frau Kollegin Schmidt. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen! Der Begriff "queer" ist ein radikaler Begriff. Er wehrt sich herrschaftskritisch und bedingungslos gegen die Normen und ausgrenzenden Systeme einer heterosexuellen Matrix. So wird er erklärt, und so wird er überall dargestellt. Das

betrifft eine große Gruppe von Menschen, denen Sie das an der Nase nicht ansehen und wo Sie oft auch am Verhalten niemals bemerken würden, wer betroffen ist.

Sicher wehren wir uns gegen Diskriminierung. Sicher muss die reale Lebenswelt in diesem Landtag ankommen. Liebe Claudia Stamm, ich verstehe den Auslöser. Ich verstehe es auch bei der Kollegin Zacharias. Es gibt immer noch Diskriminierung. Ich habe in meinem Umfeld selten so viel Gekicher erlebt wie hier im Landtag, wenn es um Homosexualität und Gender ging. Das ist mir hier häufig passiert. Sicher müssen wir etwas tun. Queere Menschen, wie es Judith Butler, die größte und bekannteste Schriftstellerin zu diesem Thema, schreibt, fühlen sich ausgegrenzt und normfremd und werden auch so behandelt, ob in der Politik, im sozialen Umfeld, in der Schule oder im Leben.

Liebe Claudia, wir lehnen den Antrag ab, weil ein Beauftragter, eine Person, die dafür verantwortlich ist, garantiert zu wenig ist. Viel zu wenig. Ich glaube – ich habe nachgeschaut, Herr Unterländer –, der Sozialausschuss hatte in seiner Geschichte weder einen Runden Tisch zu dem Thema noch eine Anhörung dazu – ich habe jedenfalls in den Protokollen nichts gefunden –, wo die Probleme der Betroffenen sind, wo der gesellschaftliche Niederschlag ist und erörtert wird, was wir verändern müssen. Ich bin auch immer beim CSD und gehe sogar zum Life Ball nach Wien, wo das ganz anders behandelt und die Problematik mitten in die Gesellschaft gerückt wird.

Wir stimmen deshalb gegen die Beauftragung, weil nicht nur ein Gesicht verdient hat, hier zuzuhören, sondern wir alle haben verdient, jede dieser Untergruppierungen zu hören. Ich denke, da müssen wir mit dem nächsten Landtag neu anfangen: Ohren auf, wo die Probleme sind. Viele sind hier angedeutet worden. Aber das gehört in die Breite des Parlaments und der Ausschüsse.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Herr Kollege Hartmann, bitte. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hölzl, mir kam Ihre Rede schon etwas merkwürdig vor. Sie haben zwar erwähnt, was in München geleistet wird. Das ist richtig, aber das hat man einer jahrelangen rot-grünen Stadtregierung zu verdanken, die deutlich vorangegangen ist. Kollegin Zacharias hat es gerade angesprochen, und das halte ich für einen ganz entscheidenden Punkt: Es geht nicht um die eine Person, wie es die FREIEN WÄHLER gerade gesagt haben, sondern wir brauchen eine gewisse Koordinierung, um damit für mehr Sichtbarkeit zu sorgen und aufgrund der größeren Sichtbarkeit mehr Gleichstellung zu bekommen. An den Schulen ist dieses Thema ganz entscheidend.

Es ist noch gar nicht lange her, dass ich einmal in Augsburg war. Bei Augsburg reden wir jetzt nicht vom ländlichen Raum, darin sind wir uns, glaube ich, alle einig. In Augsburg haben wir ein Jugendzentrum, das ehrenamtlich betrieben wird und Queerbeet heißt. Dort wurde erklärt, dass sie in ganz Schwaben ehrenamtlich eine Art Feuerwehreinsatz leisten, wenn sich an irgendeiner Schule in Schwaben ein Jugendlicher outet und dort gemobbt und diskriminiert wird. Sie versuchen dann, diesen Schüler aufzufangen, aber der junge Mensch hat die Diskriminierung bereits erlebt. So weit sollte es gar nicht kommen. Und dafür brauchen wir Aktionspläne an den Schulen, um gegenzusteuern. Es kann doch nicht sein, dass wir uns auf dem Rücken der Ehrenamtlichen ausruhen, die tätig werden müssen, weil es der Staat vorher nicht hinbekommen hat.

Ich habe eine Anfrage zur Finanzierung dieser ehrenamtlichen Strukturen gestellt. LeTRa und Sub wurden bereits angesprochen. Sie werden von der Landeshauptstadt München finanziert. Ich habe einmal gefragt, ob der Freistaat die Vereine – die Einrichtungen und deren Investitionen –, die bei Jugendlichen Beratung und Aufklärung leisten und diese Art Feuerwehreinsatz an den Schulen übernehmen, finanziell unterstützt. Da kommt eine ganz einfache Antwort in zwei Zeilen: Das existiert nicht, und das hält man auch nicht weiter für notwendig. Das ist Ihre Politik in diesem Bereich.

Wir wissen, Bayern ist nicht nur München. Diese Beratung und Aufklärung muss im ganzen Land stattfinden. Mit einem Queer-Beauftragten kann man das besser koordinieren und diese Initiativen besser miteinander vernetzen, unterstützen und wirklich daran arbeiten, und deshalb ist dieser Antrag auch berechtigt. Ich wünsche mir, dass wir hier weiterkommen und die Gleichstellung der queeren Menschen nicht nur am Samstag, dem CSD, wieder groß feiern, wo dann auch alle Parteien mit dabei sind, sondern dass konkret etwas getan wird, das auch außerhalb Münchens stattfinden kann. Hier geht es wirklich darum, in die ländlichen Räume hinauszugehen. Daran müssen wir arbeiten, und das kann ein Queer-Beauftragter machen. Wir dürfen nicht vergessen, wir haben das Jahr 2018. Im Jahr 2018 ist die Zeit für einen Queer-Beauftragten im Freistaat Bayern wirklich reif.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordnete Claudia Stamm (fraktionslos). Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Die Herren Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos) stimmen auch dagegen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.